

Kapitel 2 Der Ukraine-Krieg als regionale Konfrontation

Jakob Wöllenstein

Abstract: Bis heute suggeriert mancher Kommentar, wie etwa der „Friedensplan“ von Elon Musk, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine könne als ein lokales Phänomen betrachtet werden. Doch die Annahme, es handele sich schlicht um einen Streit zweier Ex-Sowjetrepubliken um überschaubare Territorien, verkennt den Charakter dieser Konfrontation in Ursprung und Ausmaß. Vielmehr bildet die Invasion den Höhepunkt einer seit längerem schwelenden regionalen Konfrontation mit globalen Auswirkungen. Die Suche nach adäquaten Antworten durch Politik und Gesellschaft muss diese Dimension klar zur Kenntnis nehmen und anerkennen, zu welchem System sich Russland unter Putins Führung entwickelt hat. Die „Zeitenwende“ erfordert ein breites Umdenken, an dessen Ende eine resiliente Gesellschaft sowie europäische Wirtschafts-, Energie- und Verteidigungspolitik stehen sollte, die eine langfristige Strategie für Frieden und Sicherheit in (Ost-)Europa definiert. Dazu gehört neben der Integration der Ukraine eine Vision für ein demokratisches, friedliebendes Russland.

Schlüsselwörter: russisch-ukrainischer Krieg, Imperialismus, Revanchismus, Budapester Memorandum, Vielvölkerstaat Sowjetunion, Europäische Sicherheitsordnung, NATO, Baltische Staaten, Ostmitteleuropa, „eingefrorener Konflikt“, Nichtverbreitung von Atomwaffen, Annexion, *RosGosismus*, Putinismus, *Rashism*

1. Einleitung

Dass an der Frontlinie in der Ukraine nicht nur Waffen und Soldaten „aufeinanderprallen“, sondern auch konträre Weltbilder und Wahrnehmungen der Wirklichkeit, wird jedem deutlich, der sich eine der großen Reden Wladimir Putins des Jahres 2022 zu Gemüte führt. Seiner Darstellung –

und vermutlich Überzeugung¹ – nach befindet sich Russland (seit Jahrhunderten) in einem (Abwehr-)Kampf gegen einen „aggressiven Westen“ und steht an der Spitze der „freien Völker der Welt“, die sich nicht dem „angelsächsischen Joch“ unterwerfen wollen. Die Mittel- und Osteuropäer hingegen sehen sich einem russischen Imperialismus gegenüber, der in den letzten 400 Jahren zwar „wiederholt Form und Farbe gewechselt“ hat, aber im Kern derselbe bleibe. Auch wenn man nicht so weit gehen muss, einen roten Faden „von den Mongolen bis Putin“ zu spannen, ist doch Russlands demokratischer Neustart als friedliches Nachbarland nach 1991 in albraumartiger Manier gescheitert. Auch die deutsche und europäische Politik im Umgang mit Russland, selbst angesichts schwerer Völkerrechtsbrüche „den Gesprächsfaden nicht abreißen“ zu lassen und immer wieder „Brücken des Dialogs“ bauen zu wollen, liegen damit in brennenden Trümmern. Der 24. Februar schien für viele nicht vorstellbar – und fiel doch nicht vom Himmel. Seine Wurzeln und Vorläufer waren vielfältig und wirken spätestens im Rückblick stringent. Das Bild, das sich zeigt, ist weniger ein Ringen um die Kontrolle von Territorien als vielmehr die Zuspitzung einer lange schwelenden Konfrontation zwischen Systemen, Werten und Prinzipien der politischen Ordnung. Seine regionale² Dimension begann in den frühen 1990ern und spitzt sich heute zu in der akuten Bedrohungsperzeption der östlichen EU-Länder und Staaten der Östlichen Partnerschaft aber auch der (militärisch entscheidenden) Ausnutzung belarussischen Territoriums und Infrastruktur durch Russland.³

Zudem hat der russisch-ukrainische Krieg eine globale Komponente – nicht nur angesichts des weltweit ausgetragenen Kampfs um die Deutungshoheit. Er ist ebenso seit Tag eins eine entscheidende Zerreißprobe für die weltweite Nichtverbreitung von Atomwaffen.⁴ Es ist daher auch in vitalem Eigeninteresse des Westens, dass die angegriffene Ukraine ihn zu ihren

1 Da eine präzise Differenzierung wo die Grenze zwischen dem verläuft, was er tatsächlich glaubt und wo gezielte Lügen-Propaganda beginnt, kaum mit Sicherheit vorgenommen werden kann, muss angenommen werden, dass Putin selbst an seine Narrative glaubt.

2 Der Begriff „regional“ ist hier nicht gemeint als „lokal begrenzt“, sondern bezogen auf die weitere Region Mittel- und Osteuropa.

3 Sie drückt sich auch aus im NATO-Beitrittsprozess für Schweden und Finnland sowie den EU-Kandidatenstatus der Ukraine und der Republik Moldau und die verstärkte Militärpräsenz der Bündnispartner von Estland bis Rumänien.

4 Putin hatte bei Kriegsbeginn indirekt allen mit nuklearer Vernichtung gedroht, die die Ukraine unterstützen. Dabei hatte Russland im Budapester Memorandum 1994 der Ukraine, Kasachstan und Belarus territoriale Integrität im Tausch gegen ihre Atomwaffen zugesichert.

Gunsten entscheidet und ein stabiler Frieden in Europa folgt. Dies beginnt mit der Analyse der Ursachen der momentanen Konfrontation.

2. Kontinuitäten

Der Ostblock und der Vielvölkerstaat Sowjetunion (UdSSR), der nach der minderheitenfreundlichen *Korenisazija*-Politik der 1920er Jahre eine sprachliche *Russifizierung* und Auflösung der nationalen Identitäten verfolgt hatte, zerbrachen neben unlösbaren Wirtschaftsproblemen vor allem am Streben der Menschen nach Freiheit und nationaler Eigenständigkeit. Während dieser Übergang in den meisten Ländern Ostmitteleuropas so gut wie gewaltfrei verlief und sich Russland selbst als Russische Föderation neuformierte – der Anteil ethnischer Russen lag nun im Vergleich zur Sowjetunion bei 80 Prozent statt 50 Prozent – blieb das Land doch seinem Wesen und Mentalität nach ein (Rumpf-)Imperium. In den zwei Tschetschenien-Kriegen (1994–1996 und 1999–2000 bzw. offiziell 2009) zeigte sich Moskau hart entschlossen, jedweden weiteren Zerfall zu unterbinden.⁵ Im Rückblick erscheint es nahezu als paradigmatisches Fanal, dass es gerade jener zweite Tschetschenienkrieg war, der den Ex-KGB-Mann Putin an die Macht brachte. Das Prinzip territorialer Integrität galt aus Kremlsicht jedoch von Beginn an nicht für andere – als Transnistrien sich 1992 von der Moldau abspaltete, leistete Russland Waffenhilfe und es entstand der erste „eingefrorene Konflikt“ im postsowjetischen Raum. Während die zeitgleich eskalierende Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach komplexe historische Ursachen hat, verstand es Russland doch, sich auch hier durch militärische und ökonomische Unterstützung Einfluss auf beide Seiten und die Region zu sichern.

Aufgrund ihrer historischen Erfahrung und politischen Ausrichtung strebten fast alle der russischen Kontrolle entkommenen Staaten in die NATO. Dass sich dieser Prozess in Mittelosteuropa jedoch in mehreren Etappen über etwa 15 Jahre hinzog und zentralen Staaten wie der Ukraine

5 1991 hatte die Kaukasus-Republik unter Dudajew ihre Unabhängigkeit von Russland ausgerufen, und Moskau begründete den Militäreinsatz mit der Notwendigkeit, die staatliche Integrität der RF zu bewahren. In dieser sehr brutalen Konfrontation machten sich beide Seiten schwerer Kriegsverbrechen schuldig, die russische Seite jedoch in deutlich höherem Ausmaß. Siehe Fradkin, Wladimir: „К чему привела вторая чеченская война“ [Was der zweite Tschetschenienkrieg bewirkt hat], Deutsche Welle, 6. August 2002.

und Georgien der Beitritt verwehrt blieb, führt die heute in Russland vertretene These ad absurdum, der Westen habe das Momentum russischer Schwäche genutzt, um sich ein Maximum von „dessen“ Einflussphäre anzueignen. Hingegen monieren Experten, dass in den meisten westlichen Hauptstädten bis heute Osteuropapolitik durch die „Russlandbrille“ gesehen werde, Politikansätze wie die „Östliche Partnerschaft“ immer (zu) viel Wert auf die Befindlichkeiten Moskaus legten und kaum differenzierte Länderstrategien formuliert wurden, etwa für den langfristigen Umgang mit der Ukraine. Gleichwohl marschierte Moskau im August 2008 – *nach* der NATO-Absage vom Bukarester Gipfel – in Georgien ein, um nicht nur die Provinzen Abchasien und Südossetien faktisch zu annektieren, sondern Signale an die USA und die NATO zu senden, die „Interessen Russlands zu achten“.⁶

Vor allem der Ukraine kam aus Moskauer Sicht jedoch eine besondere Bedeutung zu. Bereits im Oktober 1991 brach der sogenannte „Krieg der Präsidialerlasse“ zwischen Moskau und Kyjiw um die Zugehörigkeit der Schwarzmeerflotte der UdSSR aus. Erst 1997 konnten sich Leonid Kutschma und Boris Jelzin auf eine Teilung und den Verbleib des nun russischen Teils der Flotte in Sewastopol auf der ukrainischen Krim für 20 Jahre einigen. Im selben Jahr unterzeichneten beide auch den großen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, der zuletzt 2008 um zehn Jahre verlängert wurde. Doch bereits damals dachten in Moskau viele eher abfällig über die Ukraine als unabhängigen Staat und formulierten Ansprüche auf mindestens die Krim wenn nicht das ganze Land.⁷ Die Debatte um die Zugehörigkeit der Insel Tuzla in der Straße von Kertsch brachte beide Länder 2003 bereits an den Rand einer bewaffneten Auseinandersetzung und für die Anerkennung der Zugehörigkeit zur Ukraine forderte der Kreml deren Beitritt zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum.⁸ Um politi-

6 So die Worte von Präsident Medwedew, siehe Regnum: Медведев назвал принуждение Грузии к миру сигналом для США [Medwedew nennt Georgiens Friedenserzwingung ein Signal an die USA], 8 August 2022.

7 Jelzin selbst war nach Erinnerung eines ukrainischen Diplomaten überzeugt, dass die Ukraine sich Russland wieder anschließen würde, und zur Not Energiepreise als Druckmittel eingesetzt würden, siehe Kyrienko, Aleksandr: „В СССР был встроен ‘ген смерти’, он встроен и в путинскую РФ: интервью с Юрием Щербакoм“ [Das ‚Todes-Gen‘ war in der UdSSR eingebaut und ist auch in Putins Russland eingebaut], Ukraine Segodnya, 23. August 2018.

8 Kondratowa, Walerija: „До войны за Тузлу была пара сотен метров“. Кучма назвал самый сложный момент за каденцию“ [„Es war ein paar hundert Meter vor dem Krieg über Tuzla“. Kutschma nennt härtesten Moment seiner Amtszeit], Liga Novini, 24. August 2020.

sche Zugeständnisse seiner Nachbarn zu erzielen nutze Russland schon in diesen Jahren gern die Abhängigkeit in den Energiebeziehungen. Besonders trafen die sogenannten „Gaskriege“ Kyjivs prowestliche Regierung unter Wiktor Juschtschenko in den Jahren 2006 und 2009.⁹ Doch selbst Belarus' russlandtreuer Präsident Aljaksandr Lukaschenka bekam dieses „Instrument“ 2004 zu spüren, als er mit Putin über die Modalitäten der Übernahme der belarussischen Transitgaspipeline „Beltransgas“ durch Gazprom in Streit geriet.¹⁰

Die Wiedererrichtung seines regionalen Einflusses war nicht zuletzt ein zentrales Motiv für Moskau beim Aufbau der unterschiedlichen Integrations- und Kooperationsprojekte im postsowjetischen Bereich.¹¹ Zwar hatte das Zerschneiden des eng integrierten Wirtschaftsraums der UdSSR durchaus die ökonomischen Turbulenzen verstärkt und regionale Integrationsprojekte haben große Potenziale, Vorteile an Mobilität und Wohlstand für die Bürger zu bringen. Doch bestand in diesem Fall ein signifikantes Ungleichgewicht zwischen Russland und allen anderen, erheblich kleineren Staaten. Nicht nur klagten diese regelmäßig über empfundene Ungerechtigkeiten und Ausnutzung der russischen Machtposition. Auch machte Russland selbst in offiziellen Dokumenten kaum einen Hehl daraus, dass es die Projekte als Einflussinstrumente verstand.¹² Folgerichtig übte der Kreml erheblichen Druck aus, als die Ukraine Ende 2013 das EU-Assoziierungsabkommen unterzeichnen wollte – dies hätte deren Integration in russisch-dominierte Strukturen erheblich erschwert. Für die Ukrainerinnen und Ukrainer verband sich die EU-Assoziation jedoch in entscheidender Weise mit einer Perspektive, auch in ihrem durch Korruption geplagten Land Rechtsstaat und Transparenz durchzusetzen – was ihnen in einer Anbindung an Russland, angesichts der dort grassierenden Kleptokratie, Nepotismus und Vetternwirtschaft, unmöglich schien.

9 Vgl. Cohen, Ariel: „Russia's gas war“, Washington Times, 13. Januar 2009; Veser, Reinhard: „Russlands Gaswaffe“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Januar 2009.

10 Vgl. Rippert, Sébastien: Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000–2007, Forum Junge Politikwissenschaft Bd.16. Bouvier: Bonn 2009.

11 Die GUS, der Unionsstaat, die EaWU und die OVKS.

12 Friedrich Ebert Stiftung: Compass 2020. Україна у міжнародних відносинах Цілі, інструменти, перспективи. Україна – Росія: сценарії розвитку відносин до 2020 року [Die Ukraine in den internationalen Beziehungen. Ziele, Instrumente, Perspektiven. Ukraine – Russland: Szenarien für die Entwicklung der Beziehungen bis 2020], S. 4.

Es folgten der Maidan, die Krim-Annexion und die „erste heiße Phase“ des Krieges in der Ostukraine bis 2015, die zur Abspaltung und schleichen- den De-facto-Annexion der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk führte. Putin, dessen Zustimmungswerte daheim in die Höhe schossen, hatte nicht nur mehrere internationale Abkommen gebrochen, einschließlich des für die atomare Nichtverbreitung entscheidenden Budapester Memo- randums, sondern pervertierte zugleich demokratische Verfahren und Kernprinzipien der Vereinten Nationen. Mit dem „Selbstbestimmungs- recht der Völker“, ausgedrückt in einem *Gunpoint*-Referendum, begründe- te er den Landraub der Krim und bediente sich wahlweise offener Lügen oder dem „nas tam njet“¹³-Prinzip der plausiblen Abstreitbarkeit. Diese Farce praktisch hinzunehmen war ein wohl notwendiges diplomatisches Übel für Kyjiw und den Westen, um der Ukraine über die Minsker Ab- kommen eine militärische und politische Atempause zu verschaffen.¹⁴ Zu- gleich zog Putin aus diesem Signal der Schwäche offensichtlich die Lektio- n, dass er mit diesen „Methoden“ durchkam. Gleichzeitig wurde erkenn- bar, auf welchen Kurs er sein Land gesetzt hatte.

3. Russlands Weg in den ideologiegetriebenen Autoritarismus

Unter dem Eindruck der Politik Gorbatschows waren die Hoffnungen noch groß, dass auch Russland sich im Inneren zu einem demokratischen Rechtsstaat mit lebendiger Zivilgesellschaft entwickeln würde. Kritik aus dem Westen blieb daher verhalten, als Präsident Jelzin Ende 1993 per Verfassung das Konzept einer „gesteuerten Demokratie“ etablierte, die dem Staatspräsidenten eine große Machtfülle einräumte. Unter Putin, der antrat, das „Chaos“ der 1990er Jahre zu beenden, erfolgte eine weitere Konzentration der Macht in den Händen des Staates. Doch seine von vie- len Russen bis heute gelobte „Stabilität“ wurde begleitet durch politische

13 Zu Deutsch wörtlich „wir sind gar nicht da“. Vgl. Zerkalo (2022): „На смену ‚нас там нет‘ пришло официальное ‚мы все-таки здесь‘“. Зеленский вновь выступил с обращением к украинцам Читать полностью [„Das ‚wir sind nicht da‘ ist durch das offizielle ‚wir sind doch da‘ ersetzt worden“. Selenskyj richtete erneut einen Appell an die Ukrainer], 22. Februar 2022.

14 Damit erfuhr Putin zwar die Genugtuung, auf Augenhöhe über Krieg und Frie- den in Europa zu verhandeln, doch die ukrainische Armee drohte unter der Offensive zusammenzubrechen. Das defizitäre Abkommen, das die blutige „Kon- taktlinie“ verfestigte, ermöglichte es der Ukraine jedoch, Reformen anzugehen und ihre militärischen Fähigkeiten zu verbessern.

Verhaftungen, Einschüchterung der Opposition und einen Einbruch an Freiheitsrechten¹⁵ bis hin zu Morden an kritischen Journalisten.¹⁶ Unter dem Eindruck der sogenannten „Farbrevolutionen“ in der Ukraine und Georgien, wo die Bürger erfolgreich gegen Korruption und Wahlfälschung aufbegehren, entwickelten Putins Polittechnologien 2005 das Jelzin-Modell weiter zur „souveränen Demokratie“.¹⁷ Was offiziell dem Ziel dienen sollte, die Staatsmacht durch die Beschränkung der demokratischen Prinzipien „im Interesse der russischen Nation in ihrer ganzen Vielfältigkeit“ abzusichern, begünstigte in Worten des Ex-Premiers Michail Kassjanow vielmehr einen „Siegesszug des Populismus, die fortschreitende Zerstörung öffentlicher und staatlicher Institutionen, die Abkehr von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft“.¹⁸ Gleichzeitig konsolidierte Putin den Einfluss der alten KGB-Eliten und in seinem Umfeld entstanden neue oligarchische Strukturen.¹⁹ Die Macht der Geheimdienste und der Reichtum der Oligarchen wuchsen so sehr, dass Kritiker das System Putin insgesamt als „Mafia-Staat“ bezeichnen.²⁰ Dass Wahlen von einem Instrument des Machttransfers zu einem Ritual der Bestätigung der etablierten Herrschaftsstruktur geworden waren, zeigte spätestens die „Bolotnaja-Revolution“. Die Proteste gegen die gefälschten Duma-Wahlen im November 2011 und Putins Rückkehr als Präsident im März 2012 wurden durch Polizeikräfte unterdrückt. Später sollte sich Putin mit der Verfassungsreform von 2020 eine Machtperspektive bis 2036 sowie Immunität auf Lebenszeit sichern und den Zugang zum Präsidentenamt für potenzielle Gegner weiter begrenzen.

Inhaltlich war Putin in seinen frühen Jahren noch als Pragmatiker aufgetreten und auch Dmitri Medwedew erschien als „liberaler“ Präsident. Doch eine selbstkritische Aufarbeitung der sowjetischen Gewaltgeschichte und eine Politik der Aussöhnung mit den Nachbarstaaten fand in Russland nach 1991 nur in Ansätzen statt, meist beschränkt auf Aktivitäten

15 2004 war Russland erstmals in der Kategorie „Nicht freie Länder“ im Freedom House Report, Freedom House 2005.

16 Ifex: New report: Stifling free speech in Russia, 2012–2018, 10. Oktober 2018.

17 Surkow, Wladislaw: Суверенитет – это политический синоним конкурентоспособности [Souveränität – ist ein politisches Synonym für Wettbewerbsfähigkeit], Jedinaja Rossija – offizielle Website der Partei, 22. Juni 2006.

18 Kassjanow, Michail: „Империя свободы“ [Reich der Freiheit], Kommersant, 29. August 2006.

19 Giles, Keir: Moscow Rules. What Drives Russia to Confront the West. Chatham House: London 2019.

20 Nevzlin, Leonid: The Result of 20 Years of Putin: Russia as a Mafia State, Institute of Modern Russia, 24. Januar 2020.

der Zivilgesellschaft und wurde spätestens seit 2010 staatlicherseits immer stärker zurückgedrängt. Stattdessen wurden die offizielle Politik und Rhetorik immer stärker durchzogen von Elementen einer revanchistischen Ideologie.

Während der Kommunismus jedoch auf einem fest umrissenen Weltbild basierte, ist die Ideologie in Putins Russland vielmehr ein Mosaik verschiedener Bausteine, das aus teils sehr widersprüchlichen Quellen und Epochen schöpft.²¹ Im Kern rekurriert Putin auf die „Demütigung der russischen Nation“ durch den „dekadenten, niederträchtigen, doppelzüngigen“ Westen und dessen „Verrat“ durch die NATO-Osterweiterung. Sich selbst inszeniert er als großen Gegenspieler des Westens und Hüter nationaler und konservativer Werte. Diese Rhetorik als Volkstribun der Unterdrückten und Gedemütigten richtet sich sowohl an ein heimisches Publikum als auch Zielgruppen weltweit und steht in bemerkenswertem Widerspruch zu den Realitäten in und um Russland. Manche Beobachter beschreiben Putins Russland als faschistisch aufgrund der exzessiven Glorifizierung von Stärke, Gewalt und Siegeskult, wachsender Personenverehrung Putins und der Vorstellung eines einzigartigen russischen „Sonderwegs“.²² Doch weist der historische Faschismus, mindestens im Bereich der Innenpolitik, auch gewichtige Unterschiede auf.²³ In der Forschung kursieren daher auch Termini wie *Putinismus* und *Rashism* und die Suche nach einer passenden Betitelung hält an.²⁴ Unter Ausblendung „ausschmückender“ (und oft austauschbarer) Elemente steht im Kern dieses Weltbilds jedoch der unbedingte Herrschaftsanspruch der russischen Staatsmacht über Menschen und Völker in dem beanspruchten Territorium und die Einforderung eines exklusiven Einflussbereichs²⁵ bei den Nachbarstaaten.²⁶ Als eine passende Bezeichnung, die bislang nicht in

21 Es finden sich darin Elemente von Zarismus, Orthodoxie, Sowjetnostalgie, aber auch des Anti-Sowjetismus und neue Symbole wie das „Z“.

22 Eine These, die etwa Starhistoriker Timothy Snyder vertritt (siehe Madan: „Timothy Snyder. Russian reincarnation of fascism“, 27. Mai 2022).

23 Das heutige Russland will keinen „neuen Menschen“ schaffen, orientiert sich obsessiv an der Vergangenheit statt der Zukunft und verzichtet auf soziale Massenmobilisierung – scheut sie gar. Auch gilt der Krieg nicht den Ukrainern als „Rasse“, sondern als Kulturnation.

24 Laqueur, Walter: *Putinismus: Wohin treibt Russland?* Propyläen Verlag: Berlin 2015.

25 Putin markiert diesen mit seiner Forderung des Rückzugs der NATO auf den Stand von 1997.

26 Dies spiegelt sich in der ersten Zeile der russischen Hymne („heilige Staatsmacht“), der ständigen Betonung der „staatlichen Souveränität“ durch die Polit-

den wissenschaftlichen Diskurs eingeführt wurde, erschien daher der Begriff „RosGos-ismus“, also eine an die russische Sprachpraxis angelehnte Zusammenfügung der Initialsilben für „Russischer Staat“ (*Росси́йское госуда́рство*) und dem Suffix -ismus, das die Verabsolutierung desselben unterstreicht.

Ein auffälliger Widerspruch tritt zutage, wenn Russland einerseits in neoimperialer Manier nach seinen Nachbarn ausgreift und trotz Putins Heimholungsrhetorik²⁷ einen Herrschaftsanspruch über nicht-russische Territorien anmeldet, während gleichzeitig eine zunehmende Verengung des historisch multinationalen Russlands auf ein (ethno-)nationales Selbstverständnis zu beobachten ist.²⁸ Russland verzichtet damit auf potenzielle *Soft Power* und bindet andere Länder am ehesten auf dem Weg der *Hard Power* an sich, etwa durch Abhängigkeiten bei Rohstoffen, Energie, Waffenlieferungen oder Unterstützung anderer Regimes durch Militär und Söldnertruppen. Die Propaganda in weit verzweigten Netzwerken aus offen kremlnahen Medien bis hin zu massenhaften vorgeblich neutralen, aber aus Russland gesteuerten Webseiten, Botnets und Social Media Accounts streut zumeist eine Mischung aus Halbwahrheiten, Fake News und Ressentiments, die oft weniger den Anspruch erhebt, Russland schön zu zeichnen, als vielmehr den Westen als ein im Verfall begriffenes Babylon²⁹ zu porträtieren und die Glaubwürdigkeit westlicher Institutionen zu untergraben. Wie ideologisch beliebig und rein destruktiv diese Politik

Elite und der Einstellung vieler Russen, den Staat, auch aufgrund einer „existential anxiety“, absolut zu setzen.

- 27 Besonders tritt dies zutage in Aussagen über Peter den Großen oder den „programmatischen“ Beitrag über die „historische Einheit von Russen und Ukrainern“, siehe dazu Putin, Wladimir: Об историческом единстве русских и украинцев [Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern], Kreml, 12. Juli 2021.
- 28 In der Verfassungsreform 2020 wurden erstmals die Russen als staatsbegründendes Volk festgehalten und statt Russisch als internationale Verkehrssprache zu fördern, werden Russischsprachige in den Nachbarländern pauschalisierend der Schutzmacht Moskaus zugeordnet. Auch den 9. Mai, klassisch ein verbindender „Gedenktag des Sieges“ in vielen postsowjetischen Ländern, definiert der Kreml verstärkt als „russisches“ Ereignis und durch die deutliche Unterstützung der imperialistischen Putin-Politik durch Patriarch Kirill verliert auch die Russisch-Orthodoxen Kirche außerhalb Russlands signifikant und wohl auf absehbare Zeit irreversibel an Vertrauen und Mitgliedern.
- 29 Dies geschieht mitunter sogar in religiösem Duktus, wenn etwa Ramsan Kadyrow vom Dschihad spricht oder Patriarch Kirill im Westen die Verkörperung des Antichristen sieht.

jedoch sein kann, verdeutlicht die Förderung von wahlweise extrem linken oder extrem rechten Anti-Systemparteien in Ländern über den Globus.³⁰

Wie viele Menschen in Russland diesen Ideen bis zu welchem Grad anhängen und den Krieg in der Ukraine in der Form, wie er tatsächlich stattfindet (nicht die Fernseh-Variante), unterstützen, ist schwer festzustellen. Unter dem Eindruck massiver Propaganda und einem Klima der Angst, sind offizielle Umfragewerte von 80 Prozent mit Vorsicht zu genießen. Doch es ist davon auszugehen, dass eine Mehrheit der Russen den chauvinistischen Kurs grundsätzlich gutheißt – von einem alleinigen „Krieg Putins“ kann jedenfalls keine Rede sein und diese Mentalität wird nicht über Nacht zu ändern sein.

4. Lektionen für den Westen

Ein zentraler Fehler deutscher und europäischer Politik bestand darin, all diese Punkte – Russlands immer aggressiveres Auftreten sowie den Umbau des Staates Richtung Diktatur mit revanchistischer Ideologie – nicht früh genug verbunden und entsprechende Schlüsse daraus gezogen zu haben.³¹ Putins Worte und Taten wurden nicht ausreichend ernst genommen, vom Zerfall der UdSSR als „größte politische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ (2005) bis hin zu seiner historischen Abhandlung über die vorgebliche Nichtexistenz der Ukraine.

Die Reaktionen auf den Georgienkrieg, die Besetzung von Krim und Ostukraine, die Niederschlagung der Proteste von Belarus gefolgt von einer „*creeping annexation*“, die blutige OVKS-Intervention in Kasachstan, aber auch Anschläge auf Personen und kritische digitale Infrastruktur in westlichen Staaten bis hin zu regelmäßigen Luftraumverletzungen der NATO blieben fast immer nur punktuell, halbherzig und die Signale ambivalent. Westlichen Staaten gelang es nicht einmal, nachdrücklich gegen Oligarchen an der Côte d’Azur oder der City of London vorzugehen.³² Der Mangel aus Konsequenz und Entschlossenheit hatte verschiedene Gründe, sei es, dass günstige Energiekosten doch schwerer wogen als Menschenrechte, sei es aus ideologischer Nähe von Parteien, dem nivellierenden Hinweis, der Westen habe ja auch Fehler gemacht oder der Überzeugung,

30 Siehe dazu etwa die umfassenden Studien von iSANS (isans.org).

31 Mahnende Stimmen gab es – etwa aus Polen und den Baltischen Staaten aber auch in Deutschland.

32 Belton, Catherine: *Putin’s People. How the KGB Took Back Russia and Then Took On the West*. Farrar, Straus and Giroux: New York 2020.

Russland könne aufgrund „historischer Verantwortung“ oder seines Nukleararsenals doch „nicht ignoriert werden“. Auch der persönliche Ehrgeiz einzelner Politiker mag eine Rolle gespielt haben, den „Neustart“ meistern zu wollen.³³ In Summe konnte der Kremlherr jedenfalls den Eindruck gewinnen, er müsse nur abwarten und der Westen würde angesichts von Gewöhnungseffekten sein Vorgehen de facto hinnehmen und von sich aus wieder auf ihn zukommen. Ohnehin war die Kosten-Nutzen-Rechnung nach der Krimannexion für ihn innenpolitisch angesichts sensationeller Umfragewerte trotz der westlichen Sanktionen aufgegangen. Das wohl verheerendste Signal in dieser Richtung war der Start von Nord Stream 2 nach der Annexion der Krim.

Nun gilt das deutsche Leitbild vom „Wandel durch Handel“ inzwischen zwar weithin als gescheitert. Doch den Schluss zu ziehen, man hätte Russland von vornherein isolieren sollen, überzeugt wenig – genau das wirft Putin dem Westen ja fälschlicherweise vor. Eine friedliche Annäherung zu versuchen, war richtig, doch sind im Nachhinein drei entscheidende konzeptionelle Schwächen erkennbar. Erstens versäumten es westliche Länder, allen voran Deutschland, ausreichend eigene alternative Versorgungswege bei der Energieinfrastruktur zu erschließen. Die baltischen Länder zeigten 2014 die Alternative: Indem sie mobile *LNG-Terminals* beschafften, eröffneten sie sich die versorgungstechnische Hintertür. Das Gas, das sie dennoch weiter aus Russland bezogen, war fortan deutlich günstiger und 2022 konnte Litauen als erstes Land der EU die Importe auf null senken. Auch bei der Stromversorgung setzten die Balten auf Diversifizierung und schufen über Verbindungen nach Schweden (Unterseekabel *NordBalt*) und Polen (*LitPol Link*) die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Synchronisierung mit dem kontinentalen europäischen Stromnetz.³⁴ Auch andere mittelosteuropäische Länder, wie Rumänien, verstehen die Diversifizierung ihrer Energiequellen seit langem als Frage der nationalen Sicherheit.

33 Dieser Ansatz zu glauben, die Beziehungen mit Russland könnten „unter Männern“, die den richtigen Ton treffen, neu geordnet werden, war zumeist eine Mischung aus gutem Willen und einer gehörigen Portion naiver Überheblichkeit, sowohl gegenüber anderen westlichen Politikern als auch Putin selbst – als sei dieser ein kleiner Junge, dessen Außenpolitik grundsätzlich von situativen Emotionen abhängt. So Obama nach dem Georgienkrieg, aber auch die französischen Präsidenten Sarkozy, Hollande, Macron, von Orban ganz zu schweigen.

34 Diese steht kurz bevor, ist noch nicht erfolgt, noch sind die Baltischen Länder im sogenannten BRELL Ring mit Russland synchronisiert.

Zweitens war die wirtschaftliche Zusammenarbeit russischerseits stark dominiert durch große Staatsunternehmen, vor allem aus dem Energie- und Rohstoffbereich. Ein „Wandel durch Handel“ wäre zu erwarten bei einer dichten Zusammenarbeit im Bereich kleiner und mittelständischer Unternehmen, wo tatsächlich ein unternehmerischer Erfahrungsaustausch stattfinden kann. Nicht jedoch bei Wirtschaftsfeldern, die wenig Eigenverantwortung fördern und tendenziell sogar oligarchische Strukturen begünstigen. Und drittens unterschätzte der Westen mit Blick auf die beschworene Interdependenz, die ja in der Tat auch für die russische Volkswirtschaft eine hohe Abhängigkeit vom Handel mit dem Westen bedeutete, Putins Bereitschaft, all dies dem Ziel der Unterwerfung der Ukraine unterzuordnen und die Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Dabei ist anzunehmen, dass Putin nicht mit diesem hohen Preis gerechnet hatte, sondern davon ausgegangen war, leichtes Spiel zu haben. Denn tatsächlich war es nicht nur in Deutschland nach 1990 zu einem Rückgang der Osteuropaexpertise gekommen, sondern auch die russische Seite hatte sich zuletzt immer stärker im eigenen Narrativ verstrickt und Experten mit „Westkontakten“ im Inneren marginalisiert. So gelten Mythen wie der „Betrug Russlands“ mit Blick auf eine aggressive NATO-Osterweiterung als unumstößliche Wahrheiten. Dass auch hier das Gegenteil der Fall ist, zeigt etwa, dass der Ukraine 2008 ja gerade auch aus Rücksicht auf Russland der gewünschte Beitritt verwehrt wurde.³⁵ Deutschland wird dies heute von den Partnern zum Vorwurf gemacht. Wenngleich die Argumente überzeugen, die Ukraine sei damals weder technisch noch innenpolitisch reif für den Beitritt gewesen und Russland hätte, allein aufgrund seines Krim-Stützpunkts, nur schon früher militärisch interveniert, so hat doch Europa und wiederum allen voran Deutschland zu wenig getan, eigene militärische Stärke zu erhalten und die Ukraine nach 2014 zu ertüchtigen.³⁶

35 Selbst mit Blick auf den EU-Beitritt taten sich viele Politiker lange, diese in den EU-Verträgen für alle Länder Europas festgeschriebene Perspektive bezüglich der Ukraine auf die Tagesordnung zu setzen.

36 So etwa dargelegt von Altkanzlerin Merkel, siehe BBC: „Merkel über Putin: „Ukraine не была готова войти в НАТО, но мы смогли выиграть время“, [Merkel über Putin: „Die Ukraine war nicht bereit, der NATO beizutreten, aber wir haben es geschafft, Zeit zu gewinnen“], 8. Juni 2022.

5. Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der massiven Eskalation des Russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 eine Konfrontation kulminiert, die deutlich über das Gebiet der Kampfhandlungen hinausgeht. Nach dem Scheitern des erhofften Blitzkriegs sprechen der Kreml und russische Staatsmedien immer öfter vom großen Kampf Russlands gegen den „dekadenten, heuchlerischen“ Westen unter der Führung der USA und stellen sich rhetorisch an die Spitze des Ringens um eine neue Weltordnung. Hier zeigt sich, dass nicht nur Armeen aufeinanderprallen, sondern politische Systeme, Ordnungen, Werte und Rechtsprinzipien. Die regionalen Folgen in Ost- und Mitteleuropa reichen vom NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands über die militärische Stärkung der NATO-Ostflanke bis hin zum geopolitisch angespornten EU-Beitrittswillen der Ukraine, Moldaus und Georgiens. Gleichzeitig sind globale Auswirkungen unübersehbar, wie etwa drohende Hungerkatastrophen durch ausfallende Ernten und Getreideexporte. Ein zentraler Fehler deutscher und europäischer Politik war es, die Signale und Fehlentwicklungen in Russlands aggressiver Außenpolitik und dem inneren Umbau zur Diktatur mit revanchistischer Ideologie über viele Jahre nicht konsequent ernst zu nehmen und politische Schlüsse daraus zu ziehen – im Umgang mit Russland und für die eigene Resilienz und Sicherheit. Stimmen Ostmitteleuropas, die als Warner auftraten, wurden zu oft belächelt und ihre Sorgen mit dem Verweis auf historische Traumata abgetan.

Aus all dem folgt, dass die „Zeitenwende“ nicht nur eine Verbesserung der Energieinfrastruktur, Diversifizierung der wirtschaftlichen Partnerschaften und militärische Nachrüstung erfordert, sondern damit auch ein Mentalitätswandel verbunden sein muss. Angesichts dessen, dass sich das politische Gewicht in Europa absehbar nach Osten verschiebt, müssen Deutschland und die EU ihre Russland- und Osteuropaexpertise weiter ausbauen und vernetzen. Dabei gilt es, die wertvolle Erfahrung der östlichen EU-Partner und dortige *best-practice* Beispiele, auch etwa beim Umgang mit Fake News und Cybersicherheit, stärker als bisher einzubeziehen. Das Bewusstsein in Politik und Bevölkerung muss geschärft werden, mit welchem Russland wir es zu tun haben, welche Ziele es aus welchen Motiven verfolgt und wie tief diese in der russischen Gesellschaft und den Eliten, auch jenseits von Putin, verwurzelt sind. Dies dient einerseits dem Ziel, kurzfristig die Resilienz in der Bevölkerung und zentralen Politikbereichen zu schärfen, Rückschläge und eigene Entbehrungen auszuhalten und die Ukraine im Abwehrkampf mit allen verfügbaren Mitteln unterstützen zu können. Andererseits wird dies nötig sein, um auch lang-

fristig den nötigen Fokus zu erhalten und gegenüber Russland kohärent zu agieren. Denn wenn auf den Krieg ein stabiler Frieden in Europa folgen soll, wird nicht nur die Ukraine wiederaufgebaut und europäisch integriert werden, sondern sich auch Russland tiefgreifend ändern müssen. Doch selbst im optimistischsten Szenario, wenn Russland tatsächlich zu einem Neuanfang bereit ist, wird es eines enormen Kraftakts über mehrere Generationen bedürfen, dem Land und der Gesellschaft zu helfen, sich als friedliches, stabiles und demokratisches Land in europäischer Nachbarschaft neu zu erfinden.³⁷

Literaturverzeichnis

- BBC: „Merkel о Путине: ‚Украина не была готова войти в НАТО, но мы смогли выиграть время‘“, [Merkel über Putin: ‚Die Ukraine war nicht bereit, der NATO beizutreten, aber wir haben es geschafft, Zeit zu gewinnen‘], 8. Juni 2022, <https://www.bbc.com/russian/news-61727760>, 10.10.2022.
- Belton, Catherine: *Putin’s People. How the KGB Took Back Russia and Then Took On the West*. Farrar, Straus and Giroux: New York 2020.
- Cohen, Ariel: „Russia’s gas war“, *Washington Times*, 13. Januar 2009, <http://www.washingtontimes.com/news/2009/jan/13/russias-gas-war/?page=all>, 18.09.2022.
- Edinaya Rossiya (2006): Суверенитет – это политический синоним конкурентоспособности [Souveränität – ist ein politisches Synonym für Wettbewerbsfähigkeit], <https://web.archive.org/web/20060418035317/http://www.edinros.ru/news.html?id=111148>, 14.10.2022.
- Fradkin, Wladimir: „К чему привела вторая чеченская война“ [Was der zweite Tschetschenienkrieg bewirkt hat], *Deutsche Welle*, 6. August 2002, <https://bit.ly/3rb3C5n>, 14.10.2022.
- Freedom House: *Freedom in the World 2005. Civic Power and Electoral Politics*, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/75CE2198B0E92B49C1256FC800491066-Freedom_World_Civic_Power_Elect_Pol_Mar_2005.pdf, 14.10.2022.
- Friedrich Ebert Stiftung: *Compass 2020. Україна у міжнародних відносинах Цілі, інструменти, перспективи. Україна – Росія: сценарії розвитку відносин до 2020 року* [Die Ukraine in den internationalen Beziehungen. Ziele, Instrumente, Perspektiven. Ukraine – Russland: Szenarien für die Entwicklung der Beziehungen bis 2020], <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/ukraine/07748.pdf>, 14.10.2022.

37 Zu Ansätze, wie ein demokratisches Russland beim Aufbau unterstützt werden könnte siehe Kubilius, Andrius/Milov, Vladimir/Freudenstein, Roland/Gurie, Sergej: *The EU’s Relations With a Future Democratic Russia. A Strategy*, Martens Centre, Juli 2022.

- Giles, Keir: *Moscow Rules: What Drives Russia to Confront the West*. Chatham House: London 2019.
- Ifex: New report: Stifling free speech in Russia, 2012–2018, 10. Oktober 2018, <https://ifex.org/new-report-stifling-free-speech-in-russia-2012-2018/>, 14.10.2022.
- Kassjanow, Michail: „Империя свободы“ [Reich der Freiheit], *Kommersant*, 29. August 2006, <https://www.kommersant.ru/doc/700710>, 14.10.2022.
- Kondratowa, Walerija: „До войны за Тузлу была пара сотен метров“. Кучма назвал самый сложный момент за каденцию“ [„Es war ein paar hundert Meter vor dem Krieg über Tuzla“. Kutschma nennt härtesten Moment seiner Amtszeit], *Liga Novini*, 24. August 2020, <https://news.liga.net/politics/news/do-voyny-za-tuzlu-by-la-para-soten-metrov-kuchma-nazval-samyj-slojnyj-moment-za-kade-ntsiyu>, 10.10.2022.
- Kubilius, Andrius/Milov, Vladimir/Freudenstein, Roland/Guriev, Sergej: *The EU's Relations With a Future Democratic Russia. A Strategy*, Martens Centre, Juli 2022, <https://www.martenscentre.eu/wp-content/uploads/2022/07/Martens-Centre-Policy-Brief.pdf>, 13.10.2022.
- Kyrylenko, Aleksandr: „В СССР был встроен ‘ген смерти’, он встроен и в путинскую РФ“: интервью с Юрием Щербакoм [Das ‚Todes-Gen‘ war in der UdSSR eingebaut und ist auch in Putins Russland eingebaut], *Ukraine Segodnya*, 23. August 2018, <https://ukraine.segodnya.ua/ukraine/v-sssr-by-l-vstroen-gen-smerti-on-vstroen-i-v-putinskuyu-rf-intervyu-s-yuriem-shcherbakom-1164922.htm>, 14.10.2022.
- Laqueur, Walter: *Putinismus: Wohin treibt Russland?*. Propyläen Verlag: Berlin 2015.
- Madan: „Timothy Snyder. Russian reincarnation of fascism“, 27. Mai 2022, <http://madan.org.il/en/news/timothy-snyder-russian-reincarnation-fascism>, 14.10.2022.
- Nezlin, Leonid: *The Result of 20 Years of Putin: Russia as a Mafia State*, Institute of Modern Russia, 24. Januar 2020, <https://imrussia.org/en/opinions/3067-the-result-of-20-years-of-putin-russia-as-a-mafia-state>, 14.10.2022.
- Putin, Wladimir: *Об историческом единстве русских и украинцев* [Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern], *Kreml*, 12. Juli 2021, <http://kremlin.ru/events/president/news/66181>, 14.10.2022.
- Regnum: *Медведев назвал принуждение Грузии к миру сигналом для США* [Medwedew nennt Georgiens Friedenserzwingung ein Signal an die USA], 8 August 2022, <https://regnum.ru/news/polit/3663846.html>, Abruf am 14.10.2022.
- Rippert, Sébastien: *Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000–2007*, *Forum Junge Politikwissenschaft* Bd.16. Bouvier: Bonn 2009.
- Surkow, Wladislaw: *Суверенитет – это политический синоним конкурентоспособности* [Souveränität – ist ein politisches Synonym für Wettbewerbsfähigkeit], *Jedinaja Rossija – offizielle Website der Partei*, 22. Juni 2006, <https://web.archive.org/web/20060418035317/http://www.edinros.ru/news.html?id=111148>, 14.10.2022.

Veser, Reinhard: „Russlands Gaswaffe“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Januar 2009, <http://www.faz.net/aktuell/politik/streit-mit-kiew-russlands-gaswaffe-1758055.html>, 07.10.2022.

Zerkalo (2022): „На смену ‚нас там нет‘ пришло официальное ‚мы все-таки здесь‘“. Зеленский вновь выступил с обращением к украинцам Читать полностью [„Das ‚wir sind nicht da‘ ist durch das offizielle ‚wir sind doch da‘ ersetzt worden“. Selenskyj richtete erneut einen Appell an die Ukrainer], 22. Februar 2022, <https://news.zerkalo.io/world/10412.html>, 14.10.2022.